

Antrag 329/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Zukunft ohne russisches Gas**

1 Zur Sicherung des deutschen und europäischen Wohlstands, der europäischen Sicherheitsarchitektur, der Umsetzung der Klimaziele sowie zum Schutz der demokratischen Institutionen muss für die Zukunft die Einfuhr von Gas aus Russland ausgeschlossen werden. Neue Gaspipelines aus Russland nach Deutschland oder die Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1 und 2 sind ein Sicherheitsrisiko für Europa und das Klima. Sicherheit und Zukunftsfähigkeit muss über den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung erreicht werden.

11 Durch den Bau von Nord Stream 2, für den sowohl die Union als auch die SPD die Verantwortung tragen, erhöhte sich die geopolitische Abhängigkeit Deutschlands durch Russland. Dass während der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl im Februar 2025 von CDU-Emissären der zukünftige Bezug russischen Gases durch Pipelines oder auf anderen Lieferwegen wieder propagiert wird, ist angesichts der durch die verfehlten früheren Entscheidungen und der dadurch entstandenen Kosten eine Farce im Sinne einer resilienten Wirtschaft und soliden Haushaltsführung

23 Das ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien schnell Früchte tragen kann, zei-gen die Erfolge der Am-pelregierung. Es wurden sowohl die Anzahl der Genehmigungen für Windkraftanlagen deutlich erhöht als auch mehr Wind- und PV-Anlagen installiert. Damit stieg der Anteil der erneuerbaren Energie am deutschen Strommix konsequent an (2023 56% und 2024 59%). Dieser erneuerbar erzeugte Strom ist nicht nur gut für das Klima, sondern er reduziert auch drastisch unsere Abhängigkeit von Regimen wie Russland oder anderen nicht-demokratischen Ländern, ist in der Produktion unschlagbar günstig und für die notwendige Elektrifizierung des Verkehrs und vieler Wirtschaftsbereiche sowie des Heizens unverzichtbar.

37 Der Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung wird Deutschland auch unabhängiger von der US-Regierung unter Donald Trump machen, die die Lieferung von Flüssiggas und Erdöl in Zukunft ebenfalls als Erpressungsmittel einsetzen könnte.

43 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz in Europa hängen außerdem wesentlich von der Sicherstellung bezahlbarer und nachhaltig produzierter Energie ab. Aus diesem Grund muss dem Ausbau der erneuerbaren Energie

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Zur Sicherung des deutschen und europäischen Wohlstands, der europäischen Sicherheitsarchitektur, der Umsetzung der Klimaziele sowie zum Schutz der demokratischen Institutionen muss für die Zukunft die Einfuhr von Gas aus Russland ausgeschlossen werden. Neue Gaspipelines aus Russland nach Deutschland oder die Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1 und 2 sind ein Sicherheitsrisiko für Europa und das Klima. Sicherheit und Zukunftsfähigkeit muss über den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung erreicht werden.

Durch den Bau von Nord Stream 2, für den sowohl die Union als auch die SPD die Verantwortung tragen, erhöhte sich die geopolitische Abhängigkeit Deutschlands durch Russland. Dass während der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl im Februar 2025 von CDU-Emissären der zukünftige Bezug russischen Gases durch Pipelines oder auf anderen Lieferwegen wieder propagiert wird, ist angesichts der durch die verfehlten früheren Entscheidungen und der dadurch entstandenen Kosten eine Farce im Sinne einer resilienten Wirtschaft und soliden Haushaltsführung

Das ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien schnell Früchte tragen kann, zei-gen die Erfolge der Am-pelregierung. Es wurden sowohl die Anzahl der Genehmigungen für Windkraftanlagen deutlich erhöht als auch mehr Wind- und PV-Anlagen installiert. Damit stieg der Anteil der erneuerbaren Energie am deutschen Strommix konsequent an (2023 56% und 2024 59%). Dieser erneuerbar erzeugte Strom ist nicht nur gut für das Klima, sondern er reduziert auch drastisch unsere Abhängigkeit von Regimen wie Russland oder anderen nicht-demokratischen Ländern, ist in der Produktion unschlagbar günstig und für die notwendige Elektrifizierung des Verkehrs und vieler Wirtschaftsbereiche sowie des Heizens unverzichtbar.

Der Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung wird Deutschland auch unabhängiger von der US-Regierung unter Donald Trump machen, die die Lieferung von Flüssiggas und Erdöl in Zukunft ebenfalls als Erpressungsmittel einsetzen könnte.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz in Europa hängen außerdem wesentlich von der Sicherstellung bezahlbarer und nachhaltig produzierter Energie ab. Aus diesem Grund muss dem Ausbau der erneuerbaren Energie

48 höchste Priorität eingeräumt werden.

49

50 Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder
51 der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie
52 das SPD-Verhandlungsteam für die angestrebte Koalition
53 mit der Union auf:

- 54 1. Eine Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1 und
55 2 kategorisch auszuschließen und dies als eine Be-
56 dingung für die gemeinsame Regierung zu formu-
57 lieren, um somit sowohl die Erpressbarkeit durch
58 Russland als auch die entsprechenden Folgekosten
59 für die Zukunft zu vermeiden. Ebenso muss der Be-
60 zug von russischem Flüssiggas ausgeschlossen wer-
61 den.
- 62 2. Den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik massiv
63 voranzutreiben und das Sondervermögen für Infra-
64 struktur entsprechend einzusetzen.
- 65 3. Den Ausbau von Leitungsnetzen für die erneuerbare
66 Strom- und Wasserstoffversorgung prioritär zu be-
67 handeln und das Sondervermögen für Infrastruktur
68 entsprechend einzusetzen.
- 69 4. Den Ausbau und die Weiterentwicklung von Strom-
70 speicherkapazitäten und -technologien sowie Was-
71 serstoffspeichern prioritär zu behandeln und das
72 Sondervermögen für Infrastruktur entsprechend
73 einzusetzen.

74

höchste Priorität eingeräumt werden.

Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie das SPD-Verhandlungsteam für die angestrebte Koalition mit der Union auf:

1. Eine Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1 und
2 kategorisch auszuschließen und dies als eine Be-
dingung für die gemeinsame Regierung zu formu-
lieren, um somit sowohl die Erpressbarkeit durch
Russland als auch die entsprechenden Folgekosten
für die Zukunft zu vermeiden. Ebenso muss der Be-
zug von russischem Flüssiggas ausgeschlossen wer-
den.
2. Den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik massiv
voranzutreiben.
3. Den Ausbau von Leitungsnetzen für die erneuerbare
Strom- und Wasserstoffversorgung prioritär zu be-
handeln.
4. Den Ausbau und die Weiterentwicklung von Strom-
speicherkapazitäten und -technologien sowie Was-
serstoffspeichern prioritär zu behandeln.